

lung, besonders im Vergleich mit der Situation beim Golfkrieg: Die Antikriegsbewegung und der Massenprotest von damals war stark geprägt von Friedens-Bewegungen, aber das war nicht die Friedensbewegung. Selbstverständlich ist die Anfrage, warum es diesen Massenprotest derzeit nicht gibt, berechtigt und die Friedensbewegungen tun gut daran, sich auch damit auseinanderzusetzen. (Obwohl sich diese Anfrage in erster Linie an die Gesellschaft als Ganzes richtet) Aber in erster Linie müssen die verschiedenen Gruppen der Friedens-Bewegungen im Rahmen der neuen sozialen Bewegungen gesehen werden: Sie werden sichtbar durch Öffentlichkeitsarbeit von Personen und kleinen Gruppierungen und die öffentliche Reaktion darauf, sie finden im nicht-institutionalisierten Bereich (Graswurzelebene) statt

und es findet in ihnen ein bewußtseinverändernder Prozeß über einen längeren Zeitraum statt, eine Kette von kontinuierlichen, miteinander verbundenen Lernprozessen statt (vgl. Ulrike Wasmuth, Friedensbewegungen der 80er Jahre, Gießen 1987). Als Bewegung wird sie aber vor allem dann sichtbar, wenn sich eine große Anzahl Menschen von ihren Anliegen betroffen und deshalb auch zu ihr (zumindest punktuell) zugehörig fühlt. Durch die Reduktion auf diesen letzten Punkt werden Friedensbewegungen gern für tot erklärt, wenn sie nicht so sichtbar werden. Dabei fallen Bereiche der Friedensbewegungen, die in der Zwischenzeit ein unverzichtbarer Bestandteil dieser Bewegungen sind, unter den Tisch: Gerade aus der Friedenspädagogik und aus der Friedens- und Konfliktforschung sowie aus Gruppen, die

sich mit gewaltfreien Aktionen sowie friedenssichernden bzw. konfliktverhütenden Maßnahmen beschäftigen kommen - auch zu den Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien - Vorschläge, die eine intensive Beschäftigung wert sind. Ein Teil dieser Vorschläge konnte und kann auch konkret umgesetzt werden. Daß diese Umsetzung nie die Größenordnungen und Öffentlichkeit erreichen kann, die sich politische, wirtschaftliche und kriminelle Organisationen schaffen (wenn sie es wollen), liegt im Charakter der Friedensbewegungen als neue soziale Bewegungen. Und das sind die eigentlichen Mißverständnisse in der derzeitigen Auseinandersetzung mit der Friedensbewegung: Weder ist sie tot noch schaut sie einfach zu. Aber durch den reduzierten Blickwinkel verschwindet sie aus den Augen ihrer Betrachter.

Wenn Kriegsoffer nach Waffenhilfe rufen!

Unter diesem Titel führten die Europaabgeordnete der Grünen, Claudia Roth, und der Bonner Friedensaktivist Manfred Stenner in der Wochenzeitung FREITAG ein Streitgespräch rund um Fragen zum Konflikt im ehemaligen Jugoslawien, zu den Möglichkeiten der Friedensbewegung, zur Haltung der GRÜNEN und zur Möglichkeit einer Militärintervention. Der folgende Auszug aus diesem Gespräch handelt von den Möglichkeiten der Friedensbewegung:

Gut, dann würde ich wünschen, daß sie in diesem Gespräch die verschiedenen Möglichkeiten, etwas zu tun, präzise beschreiben. Dazu auch jeweils die Kräfte benennen, auf die sie sich stützen möchten.

Manfred Stenner: Warum zum Beispiel sollte es schwerer sein, ein Embargo durchzusetzen, als sich auf Krieg vorzubereiten? Ich lasse es mir einfach nicht sagen, daß dieses Embargo gegen Serbien-Montenegro nicht realisierbar wäre. Übrigens darf man hier nicht mit gespaltener Zunge reden, auch auf Kroatien müßte das Embargo ausgedehnt werden. Das wäre möglich, wenn der politische Wille da wäre, was man aber bezweifeln muß. Man könnte jetzt schon nach UNO-Recht Embargo-Brecher bestrafen. Eine ganz primitive Forderung, die

auch gesellschaftlich unterstützt werden könnte. So wie jetzt ein Boykott griechischer Waren überlegt wird von der Gesellschaft für bedrohte Völker.

Dann muß die internationale Gemeinschaft ganz klarmachen, daß sie die Ergebnisse von Zwang und Gewalt nie anerkennen wird, daß die Vertriebenen weiterhin Recht über ihr Eigentum behalten. Ich bin auch dafür, daß jetzt schon ein internationaler Gerichtshof installiert wird und die Verbrechen dokumentiert werden.

Und jetzt müßte die UNO schon dort tätig werden, wo es demnächst losgehen kann, im Kosovo, in der Woiwodina, in Mazedonien.

Claudia Roth: die Belgrader Friedensleute haben alle gesagt, es sei unglaublich, daß Gespräche und Konferenzen immer nur mit den Hintermännern des Kriegs geführt werden, nicht mit der Opposition. (...) Daß eine Friedenslösung von unten kommen muß, das wird ausgeblendet.

Manfred Stenner: Wir sagen auch, daß neben den Sanktionen positive Angebote gemacht werden müssen. Anreize für Kooperation und Frieden und für das Zurück an den Verhandlungstisch. Man müßte den Republikanern des ehemaligen Jugoslawien einen "Marshall-Plan" versprechen im Gegenzug für die Einhaltung bestimmter Dinge, sowohl Minderheitenrechte als auch Menschen- und Bürgerrech-

te. Dabei ist Sorge zu tragen, daß das Volk davon erfährt. Ich bin in dieser Hinsicht für Einmischung. Ich denke sogar an BBC, obwohl ich den Zweiten Weltkrieg nicht als Vergleich heranziehen möchte.

Claudia Roth: Das ist auch nicht nötig, Serbien ist ja nicht in diesem Sinn faschistisch, daß alles gleichgeschaltet wäre. Es gibt unabhängige Medien, die aber materielle Unterstützung brauchen.

Manfred Stenner: Wir möchten in verschiedenen Orten runde Tische einrichten, an denen Serben, Kroaten und Muslime miteinander reden können. (...) Mit dem Antikriegszentrum Zagreb versucht das Deutsche Komitee für Grundrechte und Demokratie dafür zu sorgen, daß mehr Leute aus Europa zur Betreuung der Flüchtlingslager dorthin kommen. Damit sie konkret helfen, jetzt zum Winter, aber auch durch ihre Anwesenheit "entfeinden". Die Internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkriegs (IPPNW) haben ja überall ihre Sektionen, und sie bemühen sich wieder um die Zusammenarbeit über die Republikgrenzen hinweg.

Claudia Roth: In der europäischen Politik muß die verantwortungslose einseitige Parteinahme aufgedeckt und überwunden werden, die signalisiert: Ein Teil wird von Europa akzeptiert, der andere Teil nicht, also diese Spaltung der Nachfolgestaaten Jugoslawiens.